2100-0310

Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Mag.ª Astrid Eisenkopf
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 16. Oktober 2025

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Ing. Norbert Hofer, Bernd Strobl, Wolfgang Spitzmüller, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Dringend benötigter Polizei-Ausbildungskurs im Burgenland“

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung
des Burgenländischen Landtages vom …… betreffend „Dringend benötigter Polizei-Ausbildungskurs im Burgenland“

Tagtäglich gewährleisten die burgenländische Polizist:innen durch ihren unermüdlichen Einsatz die Sicherheit in unserem Land. Dies spiegelt sich auch in den Zahlen der polizeilichen Anzeigenstatistik 2024 wider. Während das letzte Jahr einen deutlichen Rückgang der Anzeigen verzeichnete – in Höhe von 13,3 Prozent – stieg die Aufklärungsquote um neun Prozent. Diese Daten beweisen, dass die burgenländische Polizei eine hervorragende Arbeit leistet, trotz wachsender und neuer Herausforderungen und einer sich in den letzten Jahren stetig zuspitzenden personellen Situation.

2025 spitzt sich die Personalsituation im Burgenland weiter zu. 29 Beamt:innen nahmen in diesem Jahr ihren Dienst auf. Währenddessen verzeichnete die Polizei im Burgenland für das Jahr 2025 94 Abgänge– 9 Austritte bis Oktober, 64 Pensionierungen bis September und weitere 21 Pensionierungen bis zum Ende des Jahres. Somit liegt für das Jahr 2025 ein Fehlstand von 65 Beamt:innen vor. Zur Veranschaulichung entspricht die Zahl von 65 Pensionierungen nahezu dem gesamten derzeitigen Personalstand des Bezirkspolizeikommandos Mattersburg. Ein derartiger Personalfehlbestand ist nicht hinnehmbar, da die Polizei zur Erfüllung ihrer wichtigen Aufgaben über ausreichend Personal verfügen muss.

Daher ist es auch unverständlich, dass der in Erwägung gezogene Polizeiausbildungskurs im Herbst 2025 ersatzlos gestrichen wurde. Für den gestrichenen Herbstkurs 2025 absolvierten ca. 70 Personen erfolgreich die Aufnahmeprüfung. Zwar bleibt die positiv abgeschlossene Aufnahmeprüfung für ein Jahr gültig, dennoch stehen diese Bewerber:innen nun vor einer ungewissen Zukunft in ihrer Lebens- und Berufsplanung. 18 von ihnen wollten nicht länger auf einen möglichen Ausbildungskurs im Burgenland warten und begannen daher ihre Ausbildung in Wien – 18 zukünftige Polizist:innen, die das Burgenland an Wien verlor. Da die geburtenstarken Jahrgänge – so wie in allen anderen Berufsgruppen – jetzt in die Pension gehen, fordert der Burgenländische Landtag die Abhaltung mindestens eines Ausbildungskurses im Burgenland Anfang 2026.

Im Rahmen der Budgetkonsolidierung im Bund gibt es auch weitreichende Einschnitte bei der Polizei. Aufgrund der Sparmaßnahmen wurde die Weihnachtsbelohnung in Höhe von 95 Euro zum ersten Mal gestrichen, neue funktionellere Uniformierungssorten wurden nicht bestellt und Fort- und Weiterbildungen wurden für die Beamt:innen gestrichen. Außerdem wirkt sich die finanziell angespannte Lage im Bund auf die Modernisierung der Polizeiinspektionen aus – Sanierungen bzw. Neubauten verzögern sich.

Aufgrund des personellen Engpasses bei der Polizei in Vorarlberg werden derzeit regelmäßig Polizist:innen aus dem Burgenland nach Vorarlberg zugeteilt. Die

Unterstützung der Beamt:innen aus Vorarlberg in akuten Fällen ist nachvollziehbar, aber die regelmäßige Zuteilung von Polizist:innen aus dem Burgenland kann und wird den Personalengpass in Vorarlberg nicht nachhaltig lösen. Daher ist hier das Innenministerium gefordert, mit zielgerichteten Maßnahmen den Personalengpass in Vorarlberg zu bekämpfen, anstatt Beamt:innen aus anderen Bundesländern dorthin zu zuteilen.

Derzeit arbeitet das Bundesministerium für Inneres an einem neuen Dienstzeitmodell für die Exekutive. Damit die Interessen der Polizist:innen gewahrt werden, ist in diesen Prozess die Personalvertretung umfassend einzubinden. Die Einführung eines neuen Dienstzeitmodells darf in weiterer Folge nur mit der Zustimmung der Personalvertretung erfolgen.

All diese Entwicklungen mindern die Attraktivität des Polizeiberufes. Daher steht die Politik in der Pflicht, für faire und attraktive Arbeitsbedingungen – in Form von ausrechendem Personal, gerechter Bezahlung, moderner Ausstattung, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten, - zu sorgen. Reformen müssen spürbare Verbesserungen bringen. Dadurch werden sich genügend hoch qualifizierte junge Menschen für den Polizeidienst interessieren.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- mindestens einen Polizei-Ausbildungskurs Anfang 2026 im Burgenland abhalten;
- Gehaltseinbußen aufgrund der Sparmaßnahmen abwenden. Die Streichung der Weihnachtsbelohnungen ist zurückzunehmen;
- Fort- und Weiterbildungen für die Exekutivbeamt:innen wieder umfangreich anbieten;
- neue, funktionellere Uniformierungssorten den Polizist:innen zur Verfügung stellen;
- Polizeiinspektionen – die aufgrund Alterserscheinungen nicht mehr zeitgemäß sind – schnellstmöglich modernisieren;
- mit gezielten Maßnahmen den Personalengpass der Polizei in Vorarlberg nachhaltig bekämpfen und weitere, regelmäßige Zuteilungen von Polizist:innen aus dem Burgenland nach Vorarlberg unterlassen;
- ein neues Dienstzeitmodell für die Exekutive nur mit Zustimmung der Personalvertretung einführen und diese im Ausarbeitungsprozess umfassend einbinden.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Rechtsausschuss zuzuweisen.